

Beobachter News

Zeitschrift für politische
Bewegung im Südwesten

Online-Ergänzung zur Ausgabe 7 ... 09/2013

Themen der Ergänzung unter anderem:

- **Stellungnahme der Refugees zu einem Presseartikel**
- **Solidaritätserklärung mit den Flüchtlingen in Berlin-Hellersdorf**
- **Winterbachausstellung im Ludwigsburger Demoz**
- **Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart**
- **DNS-Entnahme bei "RAZ-Beschuldigten" angekündigt**

Was diese Beobachter News Online-Ergänzung bringt

News aus der Bewegung

- 3** Stellungnahme der Refugees zu einem Presseartikel
- 4** Solidaritätserklärung mit den Flüchtlingen in Berlin-Hellersdorf
- 5** Winterbachausstellung im Ludwigsburger Demoz
- 6** Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart
- 7** DNS-Entnahme bei "RAZ-Beschuldigten" angekündigt
- 8** Interview mit Betroffenen der § 129-Verfahren in Stuttgart, Magdeburg und Berlin
- 10** Offener Brief vom Hotel Silber e.V.
- 12** Impressum und AGB
- 13** Abo-Ecke
- 14** Shop

Da wir für unsere Printausgabe zu viele Beiträge hatten, haben wir uns entschieden, eine Ergänzung hierzu online zu stellen.

**Man sieht sich...
... auf der Straße!**

Die Redaktion

Anzeige

Stellungnahme der Geflüchteten zum Artikel der Stuttgarter Zeitung vom 9. August 2013

Wie bekannt, protestieren wir seit dem 17. Juli friedlich vor dem Integrationsministerium in Stuttgart für unser grundlegendes Recht auf ein Leben in Würde. In den 8 Monaten davor haben wir bereits im uns zugewiesenen Main-Tauber-Kreis auf unsere Situation aufmerksam gemacht.

Am gestrigen Freitag, 9. August, erschien in der Stuttgarter Zeitung (StZ) ein Artikel mit dem reißerischen Titel „Eskalation vor dem Integrationsministerium?“. Darin wird behauptet, dass wir von einem „radikalen Aktivist“ angestachelt und geführt werden. Gleichzeitig wird infrage gestellt, dass wir noch „Herren [unserer] Entscheidungen“ sind.

Seit Beginn unseres Protests stehen wir in Kontakt mit Geflüchteten aus anderen Lagern in Baden-Württemberg und Deutschland, da uns grundsätzlich ähnlich schlechte Lebensbedingungen verbinden. Auch der von der StZ genannte Arash war hier, um uns seine Solidarität zu zeigen – wie viele andere Geflüchtete auch.

Allerdings ist Arash bereits seit einer Woche nicht mehr in unserem Camp, was die Journalistin Tanja Kurz bei besserer Recherche auch selbst hätte herausfinden können. Auch wenn es eigentlich selbstverständlich sein sollte, weisen wir an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass wir keinen Anführer nötig haben und auch Arash zu keinem Zeitpunkt diese Rolle inne hatte. Die einzigen, die bei uns bisher nach einem Anführer gefragt haben, sind Polizeiführung und Presse. Wir kennen unsere spezifischen Probleme selbst am besten, diskutieren unser Vorgehen in der Gruppe und treffen alle Entscheidungen gemeinsam. Daher fordern wir die StZ an dieser Stelle auf, diese Richtigstellung zu veröffentlichen und zukünftig ihren Selbstanspruch als „unabhängige Zeitung für Baden-Württemberg“ auch umzusetzen.

Der Versuch Protestbewegungen in gute und schlechte Strömungen zu teilen ist nicht neu. Ganz ähnlich wurde der Hungerstreiks in München durch die Presse dargestellt: Einzelne „radikale Rädelsführer“ würden den Protest instrumentalisieren (siehe <http://www.taz.de/!119082>). Die Tatsache, dass wir Geflüchtete uns selbst organisieren und selbstbestimmt unsere Rechte einfordern, scheint vielen immer noch unvorstellbar.

Weiterhin entspricht der Wunsch der StZ nach Eskalation schlichtweg nicht den Verhältnissen vor Ort.

Wir stehen permanent im Gespräch mit der Stadt Stuttgart, demonstrieren friedlich und werden unseren Protest auch weiterhin auf diese Weise fortsetzen. Während in der Redaktion der StZ Donnerstagabend über Eskalation fantasiert wurde, haben wir zusammen mit vielen FreundInnen aus Stuttgart ein fröhliches Fest zum Ende des Fastenmonats Ramadan gefeiert.

Heute (Samstag) Nachmittag wollen wir bei einem Straßenfest mit Essen und Musik über unsere Situation informieren. Alle sind herzlich eingeladen!

Unsere Forderungen:

- 1) Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips
- 2) Arbeitserlaubnis für alle!
- 3) Die Abschaffung der Lagerpflicht
- 4) Uneingeschränkte medizinische Behandlung
- 5) Die Möglichkeit die deutsche Sprache zu lernen
- 6) Stopp aller Abschiebungen
- 7) Bleiberecht für alle
- 8) Die Diskriminierung von Geflüchteten muss aufhören
- 9) Die Abschaffung der Residenzpflicht!

**Kontakt: refugeesmaintauber@riseup.net
www.facebook.com/RefugeeProtestStuttgart
www.refugeeproteststuttgart.wordpress.com/**

Stuttgarter Solidaritätserklärung mit den Flüchtlingen in Berlin-Hellersdorf

Quelle: <https://www.facebook.com/RefugeesSolidarityStuttgart?fref=ts>

Seit Anfang Juli machen rassistische Anwohner und Rechtsradikale mobil gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Berlin - Marzahn-Hellersdorf. 200 bis 400 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und anderen Ländern sollen in dem Gebäude des ehemaligen Max-Reinhardt-Gymnasiums untergebracht werden. Vom ersten Moment an wurde von Anwohnern, aber auch von Rechtsradikalen, wie z.B. der NPD oder der "Bürgerinitiative Berlin-Hellersdorf", eine massive Hetze gegen das Flüchtlingsheim und gegen Asyl im Allgemeinen betrieben. Die versöhnlichen Kommentare einiger Anwohner wurden schon bei der Pressekonferenz am 09.07.2013 durch lautstarke rassistische Zwischenrufe unterdrückt. Seit nun die ersten Flüchtlinge in die Räumlichkeiten eingezogen sind, kommt es immer wieder zu verbalen und körperlichen Übergriffen auf Flüchtlinge und Unterstützer durch Neonazis und rechtsradikale Anwohner.

Wir, die Flüchtlinge und Unterstützer vom Stuttgarter Refugee-Protest-Camp, verurteilen diese Hetzkampagne gegen Asylsuchende auf das schärfste! Wir erklären uns solidarisch mit den Flüchtlingen und deren Unterstützern in Berlin-Hellersdorf! Euer Kampf ist unser aller Kampf!

Für eine Welt ohne Grenzen!

Für eine Welt ohne Rassismus!

Eine solidarische Perspektive erkämpfen!

REFUGEE-SOLIDARITY-NETWORK STUTT GART

Anzeige

3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart

„ZUSAMMEN EINZIGARTIG

Unter diesem Motto laden wir alle Bürgerinnen und Bürger am 2. und 3. Oktober zu den offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit nach Stuttgart ein. Es erwartet Sie ein abwechslungsreiches Programm für Jung und Alt in der baden-württembergischen Landeshauptstadt. Viel Spaß!“

So zu lesen auf der offiziellen Homepage des Staatsministeriums Baden-Württemberg, Stabsstelle „Tag der Deutschen Einheit 2013“.

Linksradikale Gruppen wollen am 3. Oktober die offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart mit zahlreichen Aktionen kritisch begleiten. Mit Demonstrationen und einem Kongress soll dabei auf die Widersprüche und Unerträglichkeiten von Staat, Nation und Kapital aufmerksam gemacht werden.

Die einzelnen Aufrufe zu den Protesten und weitere Infos gibt es unter nachstehenden Links.

Antikapitalistisches/Anti-Imperialistisches Bündnis
<http://dritterzehnter.blogspot.eu/>

Anarchistisches/Antinationales Bündnis
<http://oct3.net/>

Antideutsch/kritisch-theoretisches Bündnis
<http://danke-nein.org/>

DNS-Entnahme bei Beschuldigten im „RAZ-Verfahren“ angekündigt

Wegen des Verdachts der „Bildung einer kriminellen Vereinigung (Nachfolgeorganisation der „militanten Gruppe (mg)“)“ läuft gegen neun Personen in Berlin, Magdeburg und Stuttgart ein § 129-Verfahren. In diesem Rahmen fanden am 22. Mai 2013 insgesamt 21 Hausdurchsuchungen statt. Den Beschuldigten wird vorgeworfen die Revolutionären Aktionszellen gebildet zu haben, die von 2009 bis 2011 verschiedene Aktionen, unter anderem ein Brandanschlag gegen das Haus der Wirtschaft und eine Patronenverschickung an

Innenminister Friedrich und den „Extremismusforschern“ Jesse und Backes, durchgeführt haben. Darüber hinaus wird ihnen die Mitarbeit an der Untergrundzeitschrift „radikal“ vorgeworfen. Nach langer Ankündigung wurde jetzt ein Beschuldigter aus Stuttgart zur DNS Entnahme geladen. Die Entnahme wurde schon im Juni bei mehreren Beschuldigten angekündigt und konnten nur hinausgezögert werden. Die Beschuldigten haben sich geeinigt ihre DNS nicht freiwillig abzugeben.

Die aktuelle Vorladung ist die erste richterliche Vorladung zur Abgabe der DNS. Aus den Akten geht jedoch hervor, dass bereits im Oktober 2010 bei zwei Beschuldigten verdeckt DNS-Proben gesammelt worden sind: So wurde im Auftrag des BKA im Rahmen einer Observation ein Zigarettensammel aufgesammelt, der angeblich einem Beschuldigten zuzuordnen sei. Eine Woche später wurde bei einer zweiten Person bei einer Fahrzeugkontrolle ein Drogentest verlangt und eine Blutprobe entnommen. Vom BKA wurde der Antrag erstellt daraus einen DNS-Abgleich zu erstellen. Dies konnte das BKA zu diesem Zeitpunkt vor dem BGH aber nicht durchsetzen.

Bereits bei Bekanntwerden des Antrags veröffentlichten die „nicht inhaftierten Beschuldigten des laufenden §129 Verfahrens“ eine Erklärung, in der die freiwillige Abgabe der DNS abgelehnt wird:

„Ziel der kapitalistischen Repressionsmaschinerie ist es offensichtlich überall, wie es momentan weltweit anhand des aktuellen Falles der Überwachung des Internets durch das

NSA Projekt „Prism“ deutlich wird, auch hier, im kleineren Maßstab, eine möglichst große Flut an Daten zu erheben, um Strukturen weiträumig zu durchleuchten, Ängste in diesen zu schüren und politische Arbeit, welche dieses System grundsätzlich in Frage stellt, zu behindern.(...)

Wir weigern uns mit diesem Staat und seinen Handlangern zu kooperieren!

Diese Repression, welche uns seit den Razzien am 22.5.13 als Angriff ihrer Klassenjustiz entgegenschlägt, soll uns isolieren und einschüchtern. Doch dieses Ziel wird sie nicht erreichen, da wir uns in jedem Falle offensiv und kollektiv damit auseinandersetzen werden.“

Soligruppe Stuttgart

Weitere Infos:

www.political-prisoners.net

www.soligruppe.blogspot.eu

BN-Interview mit einzelnen Betroffenen der § 129-Verfahren in Stuttgart, Magdeburg und Berlin wegen Gründung einer bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Ermittelt wird nach § 129 StPO wegen Gründung einer bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. In diesem Zusammenhang gab es am 22.05.2013 bundesweit 21 Hausdurchsuchungen bei 9 Beschuldigten.

Was genau ist denn der Vorwurf?

Konkret vorgeworfen wird uns die Herausgabe der klandestinen Zeitschrift "radikal", sowie, als Mitglieder der "Revolutionäre Aktions-Zellen", mehrere Brand- und Farbanschläge auf Berliner Einrichtungen der Klassenjustiz und der sozialen Unterdrückung, also Arbeitsämter, Polizeiwachen, ideologische Denkfabriken etc. verübt zu haben.

Zum Hintergrund ist zu sagen, dass die "radikal" seit 1976 (seit Mitte der 80er klandestin) von wechselnden Redaktionskollektiven herausgegeben wird und die Anschläge der RAZ zwischen 2009 und 2011 begangen wurden.

Die massive Überwachung mithilfe des Schnüffelparagraphen 129 geht teilweise bis ins Jahr 2010 zurück. Man wird ja nicht darüber informiert, dass gegen eine/n ermittelt wird.

Alle jüngst Angegriffenen sind seit Jahren politisch aktiv in Arbeits- und Frauenkämpfen, in der Unterstützung von politischen Gefangenen, als AntifaschistInnen und Basisgewerkschafter, aber auch am Aufbau verschiedener Strukturen beteiligt. Einer wurde bereits 2009 wegen militanten Aktionen im Zusammenhang mit dem "mg-Verfahren" verurteilt und nun vom offenen in den geschlossenen Vollzug verlegt.

Um zur Frage zurückzukehren: Der Vorwurf ergibt sich aus der Logik des kapitalistischen Systems und im Speziellen aus dessen Unterdrückungs- und Repressionsmechanismen. Denn, immer wenn irgendwo kontinuierlicher und auch stärker werdender Widerstand gegen Staat und Kapital wächst, ist es der Reflex der Herrschenden dort reinzuhauen, auszuhorchen und zu versuchen den bestehenden Kampfgeist zu brechen und zu minimieren, um sozusagen präventiv Keimzellen des revolutionären Widerstands zu zerstören.

Ihr sprecht von massiver Überwachung. Wie sah oder sieht diese aus?

Ausgehört und observiert wird teilweise seit 2010 mithilfe des Schnüffel-Paragraphen 129. Es wurden schon Unmengen an Daten gesammelt, die sich unserem Wissen nach auf 50 Ordner belaufen, davon sind über 20 "Geheimordner", die den Anwälten nicht ausgehändigt werden, sondern nur zeitweise zur Einsicht bereitliegen.

Das was gesammelt wurde, sind beispielsweise alle Internetklicks aller Beschuldigten und deren Mitbewohner, alle Telekommunikationsverbindungen der Beschuldigten, der Mitbewohner, teilweise aber auch von Familienmitgliedern. Außerdem wurden alle Beschuldigten mehrere Jahre observiert, d.h. auf fast allen Wegen beobachtet, entweder durch Beamte oder durch installierte Kameras in Hauseingängen, vor Vereinsräumlichkeiten oder Peilsender (2010 wurde am Auto eines Aktivisten in Magdeburg ein Peilsender gefunden).

Darüber hinaus spricht auch der VS-Bericht von 2011 den Gruppen und Strukturen, denen die Angegriffenen größtenteils angehören, zu, dass sie eine gewisse Kontinuität und auch Stärke entwickelt haben, was sie natürlich automatisch ins Visier der Repressionsbehörden rücken lässt.

Wir gehen auch davon aus, dass die Überwachung nach den Hausdurchsuchungen und den Anklagen nicht eingestellt, sondern eher intensiviert wurden, da die Behörden nach wie vor Strukturen ausforschen wollen.

Dass die Einschüchterung nicht fruchtet, sehen wir an der Solidarität, die wir erfahren, aber auch an anderen Verfahren, wie den misslungenen Versuchen der Behörden, die versuchen von Sonja und Christian selbst nach 30 Jahren mithilfe von Knaststrafen Geständnisse und die Negierung ihrer eigenen revolutionären Geschichte zu erzwingen..

Aktuell läuft ja auch der Prozess gegen den "NSU", der jahrelang ungehindert bzw. mit staatlicher Hilfe Migrantinnen ermorden konnte. Gleichzeitig werden Konstrukte gesponnen, um linke Aktivisten einzuschüchtern und zu verurteilen. Was fühlt ihr dabei? Wie ordnet ihr das ein?

Im ersten Moment macht uns das natürlich sehr wütend! Trotzdem sehen wir das, was uns widerfährt weder als Skandal, noch als Einzelfall oder gar Überraschung. Zudem ordnen wir den Prozess gegen den NSU als Versuch der Geheimdienste ein, ihre Existenz zu legitimieren und dabei die alte Extremismuskeule zu schwingen. Mit immer dreisterer Rhetorik werden Machtinteressen und Herrschaftsmechanismen totgeschwiegen oder versucht zu vertuschen bis es nicht mehr geht. Fortschrittliche Kämpfe gegen Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung werden dabei gleichgesetzt

mit faschistischer Gewalt und staatlichen Morden.

An diesem Punkt sei an "Gladio" und weitere "stay-behind"-Strukturen erinnert, die, von oberster Stelle angewiesen, in den (50er bis 80ern) gezielt dutzende Menschen töteten. Das Aufliegen des NSU's heute ist nur das, was wir sehen können, wie damals das "offizielle Auflösen" von Gladio.

Das worauf wir uns einstellen müssen ist eine noch schärfere Offensive gegen revolutionäre Kräfte hier und in ganz Europa. Dieses Jahr wurden mithilfe des Paragraphen 129, 129 a und 129 b bereits über 20 migrantische Linke eingeknastet, Jugendcamps in Österreich und Vereinsräumlichkeiten in insgesamt 4 europäischen Ländern überfallen. Zudem werden 20 Antifaschistinnen in Dresden und Region mit Hilfe des §129 angeklagt, die an der Blockade des Naziaufmarsches beteiligt gewesen sein sollen und koordiniert gegen Nazistrukturen vor Ort vorgegangen sein soll. Mithilfe von Knaststrafen gegen Sonja und Christian und Beugehaft gegen Sybille wurde selbst nach über 30 Jahren versucht revolutionäre Geschichte in bürgerliche Geschichte umzuschreiben, indem die Aktivistinnen zu Aussagen gegen ihre Überzeugungen gezwungen werden sollen! Solch ein Aufwand würde für die Aufarbeitung von Gladio- oder NSU - Verbrechen niemals unternommen werden, was uns aufs Neue sehen lässt, dass der Feind eindeutig links zu stehen hat, was mithilfe der Extremismuskonzeption tagtäglich eingetrichtert werden soll.

Wir lassen uns weder von martialischen Hausdurchsuchungen und jahrelanger Überwachung einschüchtern, noch überlassen wir dem Staat und seinen Denkfabriken die ideologische Deutungshoheit über linke Politik sondern sehen das anders und sagen:

Solidarität mit allen Unterdrückten, Ausgebeuteten und Eingesperrten dieser Welt, die für eine Welt ohne Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung kämpfen! Solidarität deshalb, weil sie immer auf Repression folgen wird, solange unser legitimer Widerstand mit Repression geschlagen wird. Solidarität deshalb, weil wir aufs Neue lernen, dass gerade jetzt, da wir von Repression betroffen sind, der entschlossene Kampf und die kollektive Gegenwehr gegen staatliche Angriffe der Anfang von allem Weiterem sind. Der Anfang einer Befreiungsperspektive, die Etappe für Etappe erkämpft werden muss...

Wie sah die Solidarität im Konkreten aus?

Es gab in allen drei Städten, in denen es zu Hausdurchsuchungen kam Solidemos an den folgenden Wochenenden. In Magdeburg gab es zusätzlich am selben Abend eine Spontandemo zum Sachsen-Anhaltischen Innenministerium. Es wurden Soli-Komitees gegründet, die Solidarität organisieren und den Gefangenen betreuen. Es gab einige Solidaritätserklärungen, unter anderem aus der ganzen BRD und von Gefangenen in der BRD.

Außerdem gab es im Zuge des internationalen Aktionstags für Georges Ibrahim Abdalla einen Soli-Hungerstreik von "Zusammen-Kämpfen" – Aktivisten, der sich auch gegen diesen Repressionsschlag richtete. Darüber hinaus gab es Transparent-Aktionen in mehreren BRD-Städten und Sprühereien an entsprechenden staatlichen Stellen.

Ebenso wie wir die Angriffe gegen einige Wenige von uns, als Angriff gegen uns alle sehen, gab es im Zusammenhang

mit anderen Antirepressions- Aktionen bundesweit Solidaritätserklärungen, welche die jetzigen Angriffen in einen größeren Zusammenhang mit der momentanen konterrevolutionären Mobilisierung gegen alles Fortschrittliche weltweit, stellen.

Wir können es nur so ausdrücken: Die Repressionsbehörden agieren weltweit - bauen wir unsere internationale Solidarität weiter auf! Kämpfen wir gemeinsam für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

Es ist davon auszugehen, dass die Verfahrenskosten mehrere zehntausend Euro kosten wird. Dazu kommen noch die Kosten für Soliarbeit etc.

Empfänger: Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Berlin

Kontonummer: 400 72 38 317

Institut: GLS Bank

BLZ: 430 609 67

Überweisungszweck: Solikonto Berlin

Schreibt Oli R, der im Zuge der Hausdurchsuchungen in den geschlossenen Vollzug verlegt wurde:

JVA Tegel,

z.Hd. Oliver Rast 304/12/9,

Seidelstraße 39,

13507 Berlin

Impressum

Verlag: SWB GmbH, Heilbronner Straße 6, 73635 Rudersberg,
Fon: 07183/929862, Fax: 07183/377125,
E-Mail: redaktion@beobachternews.de

Redaktion: Alfred Denzinger (verantwortlich), Nico Denzinger;
 unter Mitarbeit von Angela Berger

Fotos: Alfred Denzinger, Nico Denzinger, Hanno Polomsky, Angela Berger

Layout: Nico Denzinger

Schrift: Friedrich Althausen, Potsdam

Anzeigenleitung, Vertrieb und Abo-Service: Alfred Denzinger,
 Heilbronner Straße 6, 73635 Rudersberg, Telefon: 07183/929862,
 Fax: 07183/377125, E-Mail: abo@beobachternews.de

Druck: Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH
 Mühlweg 25/2-3, 71711 Murr

Internet: www.beobachternews.de

Urheber- und Verlagsrecht: Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Annahme des Manuskripts gehen das Recht zur Veröffentlichung sowie die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken, zur Herstellung von Sonderdrucken, Fotokopien und Mikrokopien an den Verlag über. Jede Verwertung außerhalb der durch das Urheberrechtsgesetz festgelegten Grenzen ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. In der aufgeführten Zusendung von Beiträgen und Informationen an den Verlag liegt das jederzeit widerrufliche Einverständnis, die zugesandten Beiträge bzw. Informationen in Datenbanken einzustellen, die vom Verlag oder von mit diesem kooperierenden Dritten geführt werden. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über SWB GmbH, Heilbronner Straße 6, 73635 Rudersberg

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Veranstaltungsdaten sind ohne Gewähr.

Die Zeitschrift bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders. »Zurhabenahme« ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Nichtausgehändigte Zeitschriften sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit den Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Allgemeine Geschäfts- und Lieferbedingungen (AGB)

der Verlag SWB GmbH für Zeitschriftenabonnements

Die nachstehenden AGB sind Bestandteil der zwischen der Verlag SWB GmbH und den Abonnenten geschlossenen Belieferungsverträge.

(1) Zustandekommen des Abonnementvertrages

Auf Grundlage einer Bestellung kommt mit der schriftlichen Bestätigung des Abonnements durch den Verlag oder mit der Erstlieferung der Zeitschrift der Abonnementvertrag zustande. Die Lieferung beginnt mit der nächstmöglichen Ausgabe oder zu einem vom Abonnenten gewünschten späteren Termin.

(2) Zahlungsbedingungen und Mindestlaufzeit

Für Abonnementverträge gilt die Vorauszahlung des Jahrespreises als verbindliche Zahlungsbedingung. Für unbefristete Abonnements gilt eine anfängliche Mindestlaufzeit von einem Jahr, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart wurde. Es verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres gekündigt wurde (siehe Punkt 6). Der Bezugspreis richtet sich nach der jeweils gültigen Preisliste. Preisänderungen gelten ab dem angegebenen Zeitpunkt. Sie werden zuvor in der Zeitschrift veröffentlicht, eine zusätzliche Benachrichtigung der Abonnenten erfolgt nicht. Preisänderungen werden mit Beginn des jeweils nächstfolgenden Abonnementjahres wirksam. Bereits im Voraus geleistete Zahlungen sind von der Erhöhung nicht betroffen.

(3) Änderungen, Unterbrechungen und Nachsendungen

Zeitweilige oder ständige Änderungen im Vertrag (Lieferanschrift bei Urlaub oder Umzug, Bankverbindungen, Zahlweise u.ä.) können nur termingerecht bearbeitet werden, wenn der Verlag mindestens drei Wochen vor Änderungsbeginn eine die notwendigen Daten beinhaltende Mitteilung erhält.

(4) Zustellung und Lieferstörungen

Die Zustellung erfolgt durch die Deutsche Post frei Haus. Zustellmängel sind dem Verlag unverzüglich anzuzeigen, damit für Abhilfe gesorgt werden kann. Für Nichtlieferung, verspätete Lieferung oder Sachschäden im Zuge der Auslieferung haftet der Verlag nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Für im Ausland ausbleibende Exemplare kann kein Ersatz geleistet werden.

(5) Zahlungsstörungen

Möglicherweise fehlerhafte Lastschriftinzüge bitten wir direkt beim Verlag zu reklamieren. Rücklastgebühren, die durch Kreditinstitute auf Grund eines Widerspruchs des Abonnenten oder mangels Deckung erhoben wurden, werden dem Abonnenten weiterbelastet.

(6) Vertragsbeendigung

Zeitschriftenabonnements können mit einer Frist von sechs Wochen zum Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres gekündigt werden, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart wurde. Kündigungen sind schriftlich an AboService, Verlag SWB GmbH, Heilbronner Straße 6, 73635 Rudersberg zu richten.

(7) Erfassung der Vertragsdaten

Die Vertragsdaten werden in einem Datenverarbeitungssystem gespeichert, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragsbeendigung hinaus. Sie werden ausschließlich im Rahmen der Vertragserfüllung verwendet. Eine Weitergabe an unberechtigte Dritte erfolgt nicht.

(8) Gerichtsstandsregelung

Macht der Verlag Ansprüche in einem gerichtlichen Mahnverfahren geltend, ist der Gerichtsstand Schorndorf. Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten, die aus dem Abonnementvertrag resultieren, ist der Sitz des Verlages (Rudersberg), sofern es sich bei dem Bezieher um einen Kaufmann oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder um ein öffentlich rechtliches Sondervermögen handelt.

Verlag SWB GmbH, Heilbronner Straße 6, 73635 Rudersberg,
 Telefon: 07183/929862, Fax: 07183/307275, redaktion@beobachternews.de

Stand: Oktober 2012

Sehen und lesen was Sache ist!

Mit einem Abonnement der Beobachter News

Die Beobachter News ist eine von Parteien, sonstigen politischen Vereinigungen, Konzernen und Anzeigenkunden unabhängige kritische Monatszeitschrift für den Großraum Stuttgart. Sie schafft Öffentlichkeit für die sozialen Bewegungen und informiert über das Geschehen in und um Stuttgart. Jedes Abonnement trägt zum Erhalt der Beobachter News bei und stärkt die sozialen Bewegungen.

Abo

Abonnements sind die wichtigste Einnahmequelle der Zeitschrift Beobachter News.

Ja, ich abonniere die Beobachter News für mindestens ein Jahr (10 Ausgaben)

- zum Preis von 30,00 € (bei jährlicher Zahlung)
 zum Preis von 50,00 € (bei jährlicher Zahlung für ein Soli-Abo)

Nur Bankeinzug möglich!

Gewünschter Abo-Beginn: ab nächster Ausgabe oder ab dem:

Anrede, Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ und Ort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Datum und Unterschrift: _____

Abbuchungsermächtigung:

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von folgendem Konto abzubuchen:

KontoinhaberIn: _____

Kontonummer: _____

Bankleitzahl: _____

Geldinstitut: _____

Datum und Unterschrift: _____

Konditionen

Diese Bestellung zum gültigen Bezugspreis kann innerhalb von zwei Wochen (Poststempel) nach Erhalt dieser Belehrung bei Beobachter News, Heilbronner Straße 6, 73635 Rudersberg, schriftlich widerrufen werden. Mit ihrer Wirksamkeit sind Lieferung, Abnahme und Bezahlung für beide Vertragspartner rechtsverbindlich. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Wahlweise per Briefpost, Fax oder eingescannt als E-Mail an die Beobachter News schicken. Verlag SWB GmbH, Heilbronner Straße 6, 73635 Rudersberg, Telefon: 07183/929862, Fax: 07183/307275, abo@beobachternews.de

Bitte beachten Sie die AGB auf der linken Seite.

